



Per Empfangsbekenntnis

Amprion GmbH

Robert-Schuman-Str. 7
44263 Dortmund

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
[REDACTED] 14.03.2022

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
4.14.03.02_21-021

☎ 0228
[REDACTED]
oder 14-0

Bonn
29.08.2022

Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung der Anlagen Heizkraftwerk und Modellkraftwerk Völklingen-Fenne; Aktenzeichen 4.14.03.02_21-021

In dem Verwaltungsverfahren
gegenüber der

Amprion GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung, Robert-Schuman-Str. 7, 44263
Dortmund

- Antragstellerin -

unter Beiladung der

STEAG GmbH, vertreten durch den Vorstand, Rüttenscheider Str. 1-3, 45128 Essen

- Beigeladene -

Verfahrensbevollmächtigte der Beteiligten:

[REDACTED]

wegen

der Anträge auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlagen Heizkraftwerk Völklingen-Fenne (BNA0999) und Modellkraftwerk Völklingen-Fenne (BNA 0998) hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113

Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller, am 29. August 2022 entschieden:

1. Der Antrag der Antragstellerin vom 14.03.2022 auf Genehmigung der Ausweisung der Anlage Heizkraftwerk Völklingen-Fenne als systemrelevant im Sinne von § 26 Abs. 2 Nr. 1 KVBG i. V. m. § 13b Abs. 2 S. 2 und Abs. 5 EnWG ab dem 01.11.2022 bis zum 31.10.2024 wird genehmigt.

2. Der Antrag der Antragstellerin vom 14.03.2022 auf Genehmigung der Ausweisung der Anlage Modellkraftwerk Völklingen-Fenne als systemrelevant im Sinne von § 26 Abs. 2 Nr. 1 KVBG i. V. m. § 13b Abs. 2 S. 2 und Abs. 5 EnWG ab dem 01.11.2022 bis zum 31.10.2024 wird genehmigt.

Gründe:

I.

Die Betreiberin der Anlagen Heizkraftwerk Völklingen-Fenne (im Folgenden: „HKV“) sowie Modellkraftwerk Völklingen-Fenne (im Folgenden: „MKV“), die Steag AG (im Folgenden: die Beigeladene), Rüttenscheider Str. 1-3, 45128 Essen, nahm an der dritten Ausschreibungsrunde (Gebots-termin 30.04.2021) zur Reduzierung der Kohleverstromung nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) teil. Ihre Gebote bezüglich der Anlagen HKV, Netto-Nennleistung 211 MW sowie MKV, Netto-Nennleistung 179 MW, erhielten einen Zuschlag. Die Bundesnetzagentur informierte am 14.07.2021 die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) über die Anlagen, die einen Zuschlag in der dritten Ausschreibungsrunde erhalten haben. Die ÜNB überprüften im Rahmen der auf die Mitteilung vom 14.07.2021 folgenden Systemanalyse des Jahres 2022, welche Anlagen ab Wirksamwerden des Kohleverfeuerungsverbots systemrelevant sind im Sinne von § 13b Abs. 2 S. 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG).

Die Systemanalyse der ÜNB ging bei der BNetzA am 08.03.22 ein. Mit Schreiben vom 14.03.2022, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am 21.03.2022, teilte die Antragstellerin mit, dass die in ihrer Regelzone gelegenen Anlagen HKV und MKV systemrelevant seien und beantragte die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung durch die Bundesnetzagentur. Die Systemrelevanz der Anlagen begründete sie damit, dass diese in der Redispatch-Berechnung der ÜNB der Systemanalyse 2022 sowohl in der den Netzreservebedarf dimensionierenden Stunde für den Betrachtungszeitraum 2022/2023 als auch in der Jahresbetrachtung dieses Zeitraums zur Behebung von strombedingten Netzengpässen eingesetzt werden.

Die Beigeladene wurde zu der beabsichtigten Entscheidung mit Schreiben vom 10.05.2022 angehört und nahm mit Schreiben vom 20.06.2022 Stellung zum Verfahren. Nach einem Hinweis der Bundesnetzagentur ergänzte die Beigeladene mit Schreiben vom 29.06.2022 ihre Stellungnahme zur Frage, welche arbeitsschutzrechtlichen Vorgaben für den Betrieb der Kraftwerksblöcke maßgeblich sind und ob sich hieraus Restriktionen für die Betriebsbereitschaftshaltung ergeben.

Die Beigeladene führt aus, dass eine Ausweisung der Systemrelevanz von HKV und MKV und der daraus folgenden Verpflichtung, beide Anlagen gleichzeitig in einem Zustand der Betriebsbereitschaft vorzuhalten, aufgrund arbeitsschutzrechtlicher Vorgaben nicht möglich sei. Bereits vor der Teilnahme an der KVBG-Ausschreibung habe die Betreiberin die Anlagen am Standort nicht parallel am Markt betreiben dürfen. Der Personalmangel am Standort habe dazu geführt, dass stets nur eine der beiden Anlagen in Betrieb genommen werden konnte. Aus der gemäß § 3 Betriebssicherheitsverordnung zu erstellenden Gefährdungsbeurteilung für den Standort Völklingen-Fenne gehe hervor, dass pro Schicht (bei einer „24/7“-Betriebsbereitschaft eines Kraftwerksblocks) für den sicheren Betrieb eines Kraftwerksblocks mindestens ■ Teamleiter, ■ Pultfahrer und ■ Fachkraft für Elektrotechnik notwendig seien. Diese Mindestanzahl pro Schicht sei jeweils mit einem sog. Schichtfaktor zu multiplizieren, der vorliegend bei ■ liege, sodass in Summe ■ Beschäftigte (mit den vorausgesetzten Qualifikationen) zur „24/7“-Betriebsbereitschaftshaltung zur Verfügung stehen müssten. Am Standort seien im Moment noch Pultfahrer beschäftigt, die aufgrund einer entsprechenden Ausbildung (z.B. Mechatroniker) über eine Doppelqualifikation verfügten und damit auch Aufgaben einer Elektrofachkraft erfüllen könnten. Indem ein Pultfahrer auch die Aufgaben der Elektrofachkraft übernehme, sei es möglich die Mindestpersonalausstattung pro Schicht (und pro Anlage) auf ■ Personen zu reduzieren (■ Teamleiter, ■ Pultfahrer). Multipliziert mit dem Schichtfaktor ergebe sich damit ein Mitarbeiterpool von ■ Personen. Ab dem 01.11.2022 stünden infolge von Abgängen älteren Kraftwerkspersonals allerdings insgesamt nur noch ■ Teamleiter und ■ Pultfahrer am Standort zur Verfügung, sodass – selbst wenn nur ein Block als systemrelevant bestätigt würde – bereits zu Beginn der Systemrelevanz die personelle Mindestausstattung nicht bereitgestellt werden könne. Die Beigeladene gibt an, dass im Rahmen der Betriebsbereitschaft noch Maßnahmen getroffen werden können, um die Schichten ausreichend zu besetzen, etwa durch Lenkung der Freizeit- und Urlaubsansprüche, wenn die Einsatzzeiten saisonal einen Schwerpunkt haben (bspw. in den Wintermonaten). Allerdings sei eine dauerhafte Unterschreitung der Mindestzahl bei hoher Auslastung und häufigen Anfahrten der Anlage nicht mehr verantwortbar.

Ergänzend legte die Beigeladene am 04.08.2022 ein Schreiben des Bergamts Saarbrücken, der für den Arbeitsschutz zuständigen Aufsichtsbehörde, vom 01.08.2022 vor. In diesem an die Beigeladene gerichteten Schreiben bestätigt das Bergamt die in der Gefährdungsbeurteilung der Beigeladenen zugrunde gelegten Mindestbelegungen von ■ Personen mit betriebskritischer

(Doppel)-Qualifikation im „Ein-Block-Betrieb“ sowie von ■ Personen im „Zwei-Block-Betrieb“ als Minimalanforderung zu bewerten ist.

Eine Unterschreitung der vorgenannten Schichtbelegung hätte insbesondere gravierende Defizite hinsichtlich sicherheitsrelevanter Aufsichtsfunktionen bis hin zu Verzögerungen bei Rettungsmaßnahmen im Ereignisfall zur Folge und würde damit auch einen Verstoß gegen die arbeitschutzrechtlichen Vorgaben der Betriebssicherheitsverordnung darstellen.

Die Beigeladene gibt zu bedenken, dass sich der Personalengpass am Standort Völklingen-Fenne in den kommenden Jahren weiter verschärfen werde und hierdurch dauerhaft ein Parallelbetrieb beider Blöcke ausgeschlossen sei. Nach Maßgabe der Gefährdungsbeurteilung sei für eine parallele Betriebsbereitschaftshaltung ein Mindestbestand von ■ Beschäftigten mit den erforderlichen Qualifikationen erforderlich. Eine unmittelbare Rekrutierung aus dem Arbeitsmarkt und eine sofortige Besetzung vakanter Stellen nach altersbedingten Abgängen von Teamleitern und Pultfahrern scheide in der Regel aus. So nehme die Qualifikation zum Teamleiter und Pultfahrer mehrere Jahre in Anspruch. Nach der Ausbildung zum VGB-Kraftwerks-Meister bedürfe es noch mehrjähriger Betriebserfahrung mit der konkreten Anlage. Auch berufserfahrene VGB-Kraftwerks-Meister, die bereits in anderen Kraftwerken tätig waren, benötigten in der Regel mindestens zwei Jahre, um in einem für sie neuen Kraftwerk die Tätigkeiten des Teamleiters bzw. des Pultfahrers selbstständig ausführen zu können, da zunächst spezifische Kenntnisse über die jeweilige Anlage und das betriebsspezifische Verhalten der Anlagenteile, insbesondere des Kessels, erworben werden müssten.

Zwar habe in Bezug auf den Standort Völklingen-Fenne vor dem Hintergrund der Absicht der Beigeladenen, den Standort stillzulegen, bislang keine Rekrutierung von neuem Personal stattgefunden. Allerdings könne aufgrund ihrer Erfahrungen bei der Personalgewinnung für die saarländischen Netzreservestandorte Bexbach und Weiher nicht davon ausgegangen werden, dass neues Personal in dem erforderlichen Umfang rekrutiert werden könne. Ursächlich hierfür sei auch die fehlende Attraktivität der angebotenen Arbeitsplätze in stillzulegenden Kohlekraftwerken, die keine lang- oder zumindest mittelfristige Berufsperspektive böten.

Die Beigeladende kündigt an, dass sie sich im Fall der Genehmigung der Systemrelevanz beider Anlagen mit Blick auf die unzureichende Personalausstattung auf technische und rechtliche Unmöglichkeit in Bezug auf ihre Verpflichtung zur Betriebsbereitschaftshaltung berufen werde. Sie erkennt an, dass sie als Anlagenbetreiberin gemäß § 13b Abs. 5 S. 11 EnWG verpflichtet sei, alle zumutbaren und geeigneten Maßnahmen zu treffen, um den Personalbedarf zum Betrieb eines Netzreservekraftwerks bestmöglich vorherzusagen und zu decken. Dieser Verpflichtung sei sie

auch – allerdings ohne Erfolg – nachgekommen, insbesondere durch mehrfache Rekrutierungsvorhaben (Stellenausschreibungen), internen Fortbildungen oder Übernahmeangebote gegenüber Leiharbeitern.

Die Beigeladene hebt hervor, dass sie die Zahlung eines im Vergleich mit den übrigen Beschäftigten höheren Arbeitsentgelts für die neu zu besetzenden Stellen nicht mehr als geeignete Maßnahmen iSd. § 13b Abs. 5 S. 11 EnWG erachtet. Würde der Lohn für die zu besetzenden neuen Stellen zu Konditionen angeboten werden, die über die Vergütung gleicher oder gleichwertiger Arbeiten im Unternehmen hinausgeht, verursachte dies nicht nur höhere Personalkosten, die auf die Netznutzer umzulegen wären, sondern hierdurch würde vor allem auch das Entgeltgefüge im Unternehmen außer Balance geraten und der Frieden in der Belegschaft gefährdet.

Neben dem Argument der Personalknappheit wendet sich die Beigeladene gegen die Systemrelevanzausweisung beider Blöcke, da deren Herstellung der Betriebsbereitschaft mit einem unverhältnismäßig hohen technischen und wirtschaftlichen Aufwand verbunden sei. Vor allem in Bezug auf MKV müssten intensive Ertüchtigungsmaßnahmen durchgeführt werden, da die Anlage im jetzigen Zustand eine hohe Störungsanfälligkeit aufweise. Die Kosten für die Ertüchtigung nur eines Kraftwerksblocks gibt die Beigeladene mit ca. [REDACTED] Euro an, im Fall der Genehmigung der Systemrelevanz beider Anlagen kalkuliert sie mit Kosten von insgesamt rund [REDACTED] Euro.

Ferner bezweifelt die Beigeladene, dass aus der Systemanalyse der ÜNB vom 07.03.2022 für den Betrachtungszeitraum vom 01.04.2022 bis zum 31.03.2023 hervorgehe, dass MKV systemrelevant sei. Aus der Prognose der ÜNB hinsichtlich des Netzreservebedarfs für den Winter 2022/2023 gehe hervor, dass überwiegend die Leistung des leistungsschwächeren Kraftwerksblocks MKV (179 MW) zum Einsatz komme (103 Stunden). Demgegenüber werde die Notwendigkeit eines ergänzenden Einsatzes des leistungsstärkeren Blocks HKV (211 MW) als deutlich geringer eingestuft, da dieser laut der Prognose lediglich in 14 Stunden zum Einsatz käme. Es bleibe unklar, welche genaue Leistung die Antragstellerin in den prognostizierten 14 Einsatzstunden von HKV benötige. Vor einer etwaigen Ausweisung der Systemrelevanz beider Kraftwerksblöcke, die mit starken Eingriffen in die unternehmerische Tätigkeit der Beigeladenen einhergehe, bedürfe es einer näheren Aufklärung des Sachverhalts durch die Bundesnetzagentur. Sollte sich bei dieser Prüfung herausstellen, dass sich die von Amprion jeweils angeforderte Redispatch-Leistung bereits und mithilfe des leistungsstärkeren und sich zudem in einem besseren technischen Zustand befindlichen Block HKV decken ließe, sei die Systemrelevanzausweisung beider Kraftwerksblöcke zum Zweck des Parallelbetriebs nicht gerechtfertigt. Würde die Bereitstellung von HKV zur Deckung des Redispatchbedarfs in den identifizierten Netznutzungsfällen ausreichen, liefere die Systemrelevanzausweisung beider Blöcke auch dem Zweck des § 26 Abs. 2 Nr. 1 und 2 KVBG zuwider. Diese Vorschrift gebe den ÜNB und der Behörde auf, Alternativen zum

Weiterbetrieb eines Kraftwerks in der Netzreserve zu prüfen, um dem Ziel des Gesetzes zu entsprechen, möglichst wenige Steinkohleanlagen in Betrieb zu halten. In diesem Zusammenhang verweist die Beigeladene darauf, sollte die Leistung von HKV nicht ausreichen, um den Redispatch-Anforderungen nachzukommen, am Standort Völklingen-Fenne als Alternative zu MKV eine Gasturbine mit einer Leistung von 30 MW zur Verfügung stehe, die ggf. zur Deckung eines über die 211 MW des HKV hinausgehenden Redispatch-Bedarfs hinzugeschaltet werden könne.

Ihre Ausführungen fasst die Beigeladene dahingehend zusammen, dass nach einer Gesamt-Kosten-Nutzen-Abwägung, in deren Rahmen auch die technisch-operativen und rechtlichen Unwägbarkeiten im Fall eines Parallelbetriebs beider Kraftwerksblöcke berücksichtigt müssten, lediglich ein „Ein-Block-Betrieb“, mithin die Ausweisung bzw. Genehmigung der Systemrelevanz allein des leistungsstärkeren Blocks HKV in Betracht komme.

Die Beigeladene trägt hilfsweise vor, sollte die Bundesnetzagentur die Ausweisung der Systemrelevanz und die Vorhaltung beider Kraftwerksblöcke als notwendig erachten, zur Abmilderung der hiermit für sie verbundenen Risiken und Belastungen an einen alternativen Betrieb der Kraftwerksblöcke zu denken. Im Rahmen eines alternativen Blockbetriebs solle im Bedarfsfall entweder die Leistung des einen oder die Leistung des anderen Kraftwerkblocks angefordert werden. Zu den Vorteilen einer solchen Konstellation gehörte, dass die notwendigen technischen Ertüchtigungsmaßnahmen nicht gleichzeitig erfolgten und so ein paralleler technisch bedingter Stillstand beider Blöcke vermieden werden könne.

Schließlich betont die Beigeladene, dass ungeachtet der Frage, mit welchem Inhalt die Entscheidungen der Bundesnetzagentur in den vorliegenden Genehmigungsverfahren ergehen, eine genehmigte Systemrelevanzausweisung spätestens mit Ablauf des 31. Oktober 2024 enden müsse. Eine erneute, hieran anschließende Systemrelevanzausweisung und -genehmigung („Ketten-Ausweisung“) sei mit den einschlägigen Regelungen über die Untersagung endgültiger Stilllegungen des § 13b Abs. 5 S. 8 und 9 EnWG nicht vereinbar.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte Bezug genommen.

II.

Den Anträgen auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlagen HKV und MKV wird stattgegeben. Die zulässigen Anträge sind begründet, da die Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 26 Abs. 2 Nr. 1 KVBG in Verbindung mit §§ 13b Abs. 2 S. 2 und Abs. 5 S. 1 Nr. 2 EnWG vorliegen. Der Zeitraum der genehmigten Systemrelevanzausweisung beginnt am 01.11.2022 und endet am 31.10.2024.

1.

Weder die Genehmigungsanträge über die Systemrelevanz beider Anlagen noch die vorliegende Genehmigungsentscheidung haben sich durch das Inkrafttreten des Gesetzes zur Bereithaltung von Ersatzkraftwerken zur Reduzierung des Gasverbrauchs im Stromsektor vom 08. Juli 2022 (BGBl I S. 1054) erledigt. Gemäß der durch das Gesetz erfolgten Neuregelung des § 50a Abs. 4 EnWG sind endgültige Stilllegungen von Anlagen, für die nach dem KVBG in den Jahren 2022 und 2023 ein Verbot der Kohleverfeuerung wirksam wird, bis zum 31.03.2024 verboten, soweit ein Weiterbetrieb technisch und rechtlich möglich ist. Da das Kohleverfeuerungsverbot für die Anlagen HKV und MKV am 01.11.2022 wirksam wird, unterfallen beide Anlagen bereits kraft Gesetz dem Stilllegungsverbot gemäß § 50a Abs. 4 EnWG. Aufgrund der zeitlichen Begrenzung dieses Stilllegungsverbots bis zum 31.03.2024 besteht vorliegend ein Interesse an der Entscheidung der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsanträge, da die Antragstellerin die Systemrelevanzausweisung beider Anlagen für einen längeren Zeitraum, bis zum 31.10.2024, vorgenommen hat. Zudem folgt aus § 50c Abs. 3 EnWG, dass Anlagen, die nicht über den 31.03.2024 hinaus als systemrelevant genehmigt sind, zum vorbezeichneten Datum stilllegen müssen.

2.

Die Kraftwerksblöcke HKV und MKV sind systemrelevant im Sinne von § 26 Abs. 2 Nr. 2 KVBG in Verbindung mit § 13b Abs. 2 S. 2 EnWG, da der Wegfall der Erzeugungsleistung beider Anlagen infolge des am 01.11.2022 wirksam werdenden Kohleverfeuerungsverbots gemäß § 51 Abs. 1 S. 2 i. V. m. Abs. 2 Nr. 1c) KVBG mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führt und diese Gefährdung oder Störung nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden kann.

a)

Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems infolge des Kohleverfeuerungsverbots von HKV und MKV ist gegeben, da ohne die Verfügbarkeit der Anlagen in besonderen Netzsituationen zu besorgen ist, dass die Netzstabilität durch die ÜNB nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann. Dies stellt eine Gefährdung der Systemsicherheit gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 NetzResV dar.

aa)

Aus der gemäß § 3 Abs. 2 Netzreserveverordnung jährlich vorzulegenden Systemanalyse der ÜNB, die gemäß § 26 Abs. 2 Nr. 2 KVBG i. V. m. § 13b Abs. 2 Satz 3 EnWG zur Begründung der Systemrelevanz von zur Stilllegung angezeigten bzw. dem Kohleverfeuerungsverbot unterfallen-

den Kraftwerken herangezogen werden können, geht hervor, dass den ÜNB infolge einer Nichtverfügbarkeit der genannten Anlagen und die hierdurch verursachte Reduzierung der verfügbaren Redispatch-Leistung, die insgesamt noch verbleibende Redispatch-Leistung nicht mehr ausreicht, um das Übertragungsnetz in den beobachteten besonders kritischen Netzsituationen (sog. bedarfsdimensionierender Netznutzungsfall) unter Einhaltung des (n-1)-Sicherheitsstandards zu betreiben.

Ausweislich der Systemanalyse der ÜNB vom 08.03.2022 werden HKV und MKV während des Betrachtungszeitraums vom 01.04.2022 bis zum 31.03.2023 in der den Netzreservebedarf dimensionierenden Stunde (Netznutzungsfall 273) von den ÜNB jeweils mit ihrer gesamten Netto-Nennleistung zum Redispatch eingesetzt („robuste Grenzsituation“/ Brennstoff-Sensitivität)¹. Ohne den Redispatcheinsatz der Anlagen in dem identifizierten Netznutzungsfall ist zu befürchten, dass es zu Überschreitungen des betrieblichen Grenzwerts der Strombelastbarkeit der betroffenen Leitungen und damit zu Verletzungen des (n-1)-Sicherheitsstandards kommt. Folgt aus einer solchen, nicht behebbaren Verletzung der betrieblichen Grenzwerte eine automatische Abschaltung der betroffenen Leitung(en), drohen weitere Leitungen aufgrund zu hoher Strombelastungen auszufallen. Folge einer solchen kaskadierenden Abschaltungen von Netzelementen des Übertragungsnetzes können letztlich weiträumige Stromausfälle sein.

Die ÜNB haben in der vorgenannten Systemanalyse zudem untersucht, welche Kraftwerke wie häufig innerhalb eines Zeitraums von 12 Monaten in jeder einzelnen Stunde und nicht nur während des bedarfsdimensionierenden Nutzungsfalls zum Redispatch eingesetzt werden. In dieser Betrachtung des Zeitraums vom 01.04.2022 bis zum 31.03.2023 kommt HKV auf 14 Einsatzstunden, MKV auf 103 Einsatzstunden („robuster Jahreslauf“)². Ursächlich für die höhere Zahl an Einsatzstunden von MKV ist, dass die Anlage bei der Bestimmung der Einsatzreihenfolge sämtlicher Kraftwerke zur Erbringung von Redispatchleistung mit niedrigeren Strafkosten (487 Euro/MWh) belegt worden ist als HKV (637 Euro/MWh), wodurch MKV vorrangig zum Redispatch herangezogen wird, wenn eine Einspeisung am Netzverknüpfungspunkt zwischen dem Standort Fenne-Völklingen und dem Netz der Antragstellerin zur Engpassbehebung notwendig ist³. Begründet wird die unterschiedliche Zuordnung von Strafkosten mit Unterschieden hinsichtlich ihrer technischen Eignung, insbesondere hinsichtlich Flexibilität und Restriktionen des Kraftwerkseinsatzes.

¹ Systemanalyse der ÜNB vom 08.03.2022 für den Zeitraum vom 01.04.2022 bis zum 31.03.2023, S. 164. Abrufbar unter: https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Netzreserve/netzreserve-node.html

² a.a.O.

³ Systemanalyse der ÜNB vom 08.03.2022 für den Zeitraum vom 01.04.2022 bis zum 31.03.2023, S. 94ff., 101. Abrufbar unter: https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Netzreserve/netzreserve-node.html

Aus dem Umstand der prognostizierten größeren Einsatzhäufigkeit von MKV lässt sich allerdings nicht die Schlussfolgerung der Beigeladenen ziehen, dass die Systemrelevanzausweisung nur einer Anlage am Standort Völklingen-Fenne, nämlich des über eine höhere Leistung verfügenden HKV, ausreichend sei, um die zum Redispatch erforderliche Leistung bereitzustellen, also die Voraussetzungen für eine Genehmigung der Systemrelevanzausweisung beider Anlagen nicht vorlägen. Denn aus der Systemanalyse geht hervor, dass in der sogenannten robusten Grenzsituation des Betrachtungszeitraums 2022/2023 (sog. Brennstoff-Sensitivität) sowohl HKV als auch MKV mit voller Leistung einspeisen⁴. Aus diesem Grund kommt auch die seitens der Beigeladenen angebotene zuschaltbare Gasturbine nicht als „Ersatzanlage“ in Betracht, da sie die Leistung von MKV oder HKV jeweils nicht kompensieren kann.

Zutreffend stellt die Beigeladene fest, dass in der genehmigten Systemanalyse vom 08.03.2022 bezüglich des Betrachtungszeitraums vom 01.04.2023 bis zum 31.03.2024 kein Einsatz von HKV zu verzeichnen ist, weder in der bedarfsdimensionierenden Grenzsituation (Netznutzungsfall 250), noch in der Betrachtung des 12 Monats-Zeitraums. In diesem Betrachtungszeitraum wird der Prognose nach nur MKV in der bedarfsdimensionierenden Stunde (Netznutzungsfall 250) mit voller Netto-Nennleistung zum Einsatz kommen. Während des 12-Monats-Zeitraums wird ein Betrieb von MKV in insgesamt in 80 Stunden vorausgesagt. Aber auch aus diesem Umstand kann nicht hergeleitet werden, dass am Standort Völklingen Fenne nur eine der beiden Anlagen systemrelevant ist, oder wie von der Beigeladenen angeregt, allenfalls HKV zusammen mit der ebenfalls am Standort vorhandenen zuschaltbaren Gasturbine. Grund hierfür ist die technische Anfälligkeit beider Kraftwerksblöcke, die vergleichsweise häufig aus technischen Gründen geplant oder ungeplant nicht verfügbar sind. Laut Anlage B 1-1 „Auswertung Nichtverfügbarkeit“ zur Stellungnahme der Beigeladenen vom 20.06.2022 lag die Nichtverfügbarkeit von HKV während des Zeitraums vom 01.01.2021 bis zum 31.05.2022 bei einem Anteil von rund ■■■ Prozent und betrug in Bezug auf MKV rund ■■■ Prozent. Aus Anlage B 1-2 „Nichtverfügbarkeit Betriebsbericht“ der Stellungnahme vom 20.06.2022 lässt sich ablesen, dass beide Anlagen während des betrachteten Zeitraums vergleichsweise häufig aufgrund von Kesselschäden ungeplant nicht verfügbar waren. Nur durch die Genehmigung der Systemrelevanz beider Anlagen ließe sich der zeitliche Umfang, in dem infolge technischer Nichtverfügbarkeiten keine Leistung am Standort Fenne bereitstünde, erheblich reduzieren. Im Gegensatz dazu würde sich bei dem Wegfall eines der beiden Blöcke infolge des Wirksamwerdens des Kohleverfeuerungsverbots die Nichtverfügbarkeit von Erzeugungsleistung am Kraftwerkstandort deutlich erhöhen, sodass über einen längeren Zeitraum keine Redispatchleistung an dem Netzknotenpunkt bereitgestellt werden kann. Einer Gefährdung der Systemsicherheit durch den technisch bedingten Wegfall von gesicherter Erzeugungsleistung am

⁴ Siehe oben unter Fn. 2.

Kraftwerksstandort lässt sich vorliegend am effektivsten entgegenwirken, indem am Kraftwerksstandort beide Anlagen zur gegenseitigen Besicherung bereitgehalten werden.

bb)

Unabhängig von den Ergebnissen der Systemanalyse würde die Nichtverfügbarkeit von HKV und MKV angesichts der gegenwärtigen Erdgasversorgungssituation in Deutschland und Europa eine Gefahr für den sicheren Netzbetrieb im kommenden Winter noch vergrößern. Angesichts des zu erwartenden Gasmangels und der hiermit drohenden Nichtverfügbarkeit von Gaskraftwerken ist die Verfügbarkeit von Steinkohlekraftwerken in der jetzigen Lage von besonderer Bedeutung für die Sicherstellung der netzseitigen Versorgungssicherheit.

Es besteht zudem die Möglichkeit, dass die Gasknappeheitssituation auch noch während des Winters 2023/2024 fortbesteht und es weiterhin notwendig sein wird, eine hohe Verfügbarkeit von Steinkohlekraftwerken herzustellen, sei es, um Erdgas einzusparen oder um eine Gefahr für die Versorgungssicherheit infolge der Nichtverfügbarkeit von Gaskraftwerken infolge Gasmangels abzuwehren. So ist unsicher, ob und in welchem Umfang die Vorhaben zur Beschaffung von Erdgas aus Quellen außerhalb Russlands, insbesondere die Bereitstellung der schwimmenden LNG-Terminals einschließlich der Anschlussleitungen zum Fernleitungsnetz, bis zum Winter 2023/2024 in Betrieb sein werden.

cc)

Schließlich lässt sich auch aus den Redispatch-Daten der Antragstellerin über die in der Vergangenheit erfolgten Anforderungen von HKV und MKV zur positiven Wirkleistungseinspeisung schließen, dass auch mittelfristig gesicherte Einspeiseleistung am Netzverknüpfungspunkt des Kraftwerkstandorts Völklingen-Fenne zum Netz der Antragstellerin verfügbar sein muss, damit diese den sicheren Netzbetrieb gewährleisten kann.

Im Jahr 2020 wurde HKV in 41 Fällen zum Redispatch angefordert, wobei die Anlage insgesamt rund 19.700 MWh erzeugte. MKV kam 2020 in 15 Fällen zum Einsatz und erzeugte hierbei rund 10.300 MWh. 2021 kam HKV auf 29 Redispatcheinsätze (Gesamtarbeit: ca. 16.000 MWh), während MKV in 16 Fällen angefordert wurde (ca. 6000 MWh). Für das Jahr 2022 sind bezüglich HKV bereits 15 Einsätze dokumentiert (ca. 9000 MWh) und für MKV 8 Anforderungen (ca. 10.000 MWh Gesamtarbeit)⁵. Während der vorbezeichneten Zeiträume waren HKV und MKV am Markt aktiv, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die Zahl der Redispatchanforderungen durch die Antragstellerin und der Umfang der hierbei erzeugten Leistung deutlich höher ausgefallen wäre, wenn die Anlagen in dem Zeitraum nicht marktgetrieben eingespeist hätten.

Die Daten zu den Redispatcheinsätzen von MKV und HKV sind veröffentlicht auf: <https://www.netztransparenz.de/EnWG/Redispatch>.

Der Rückschluss von den in der Vergangenheit zu verzeichnenden Redispatcheinsätzen beider Anlagen auf die Notwendigkeit, beide Anlagen auch zukünftig für Redispatcheinsätze verfügbar zu halten, ist dadurch gerechtfertigt, dass die beiden wesentlichen Umstände, die für die Redispatchanforderungen in der Vergangenheit ursächlich waren, in den nächsten Jahren voraussichtlich bis zum Jahr 2027 weiter fortbestehen werden. Zum einen ist davon auszugehen, dass sich handelsseitig die vergleichsweise hohen Stromexporte von Deutschland nach Frankreich fortsetzen bzw. in der Handelsspitzen ihrem Umfang nach noch weiter ansteigen werden. Grund hierfür ist die Verpflichtung der Übertragungsnetzbetreiber zur Bereitstellung der sog. Mindestkapazität für den grenzüberschreitenden Handel (minRAM) gemäß Art. 15 Abs. 2 Verordnung (EU) 2019/943 über den Elektrizitätsbinnenmarkt. Nach Maßgabe des nach Art 15. Abs. 1 Verordnung (EU) 2019/943 über den Elektrizitätsbinnenmarkt vorzulegenden Aktionsplans („Aktionsplan Gebotszone“ für die Bundesrepublik Deutschland) liegt die bereitzustellende Mindesthandelskapazität gegenwärtig bei 31 Prozent. Am 01.01.2023 erfolgt eine Anhebung auf rund 41 Prozent und 12 Monate später wird sie bei 50 Prozent liegen müssen. Der Zielwert von 70 Prozent der grenzüberschreitenden Kapazität ist am 31.12.2025 bereitzustellen. Gleichzeitig führt insbesondere der Abtransport des aus Windenergieanlagen erzeugten Stroms zu einem insbesondere in Nord-Süd-Richtung hoch ausgelasteten Übertragungsnetz, während die maßgeblich zur Entlastung beitragenden Leitungsbauprojekte auch in den kommenden Jahren noch nicht fertiggestellt sein werden. So wird die Fertigstellung des Vorhabens Ultranet, das insbesondere den Leitungsengpässen zwischen dem Netz der Antragstellerin und der TransnetBW abhelfen soll, erst für das Jahr 2027⁶ erwartet.

dd)

Nicht gefolgt wird der Argumentation der Beigeladenen, eine Systemrelevanzausweisung beider Blöcke scheide aufgrund von Unverhältnismäßigkeit aus, da der technische und wirtschaftliche Aufwand der Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft beider Kraftwerksblöcke in einem Missverhältnis zu dem hierdurch erzielbaren „Mehrwert“ für die Versorgungssicherheit stehe.

Das Tatbestandsmerkmal der Systemrelevanz stellt allein auf die Bedeutung der Anlage für die netzseitige Versorgungssicherheit und die Frage, ob es geeignete Alternativen zu einer Untersagung der Stilllegung bzw. zur Aussetzung des Kohleverfeuerungsverbots gibt, ab. Die Frage, ob und in welchem Umfang technischer oder wirtschaftlicher Aufwand bei der Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft der in Rede stehenden Anlage besteht, spielt hinsichtlich der Bestimmung, ob eine Anlage systemrelevant ist, keine Rolle, soweit keine andere gleich geeignete Alternative zum Stilllegungsverbot existiert. Der Tatbestand der Systemrelevanz verlangt, anders als der Vortrag der

⁶ Bundesnetzagentur (2022): Monitoring des Stromnetzausbaus, viertes Quartal 2021

Beigeladenen nahelegt, keine Kosten-Nutzen Betrachtung in dem Sinne, dass die Systemrelevanz letztlich doch zu verneinen ist, wenn die Kosten für die Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft den Nutzen der Anlage für die Versorgungssicherheit übersteigen.

Wie oben unter aa) dargelegt, lässt sich gerade durch die Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft beider Blöcke zum Zweck der gegenseitigen Besicherung der Zeitraum der Nichtverfügbarkeit von positiver Redispatchleistung am Standort Fenne erheblich reduzieren. Der Umstand, dass nach einer Systemrelevanzausweisung beider Blöcke zur Ausführung der Ertüchtigungsmaßnahme ein längerfristiger paralleler Stillstand der beiden Blöcke notwendig ist, ist hinzunehmen. Im Rahmen ihrer Verpflichtung zur Betriebsbereitschaftshaltung hat die Beigeladene die Durchführung der Ertüchtigungsmaßnahmen so zu planen und zu optimieren, dass parallele Nichtverfügbarkeiten so weit wie möglich auszuschließen sind.

ee)

Der vorgetragene Personalmangel am Standort Völklingen-Fenne, welcher dazu führe, dass insbesondere eine parallele Betriebsbereitschaftshaltung beider Kraftwerksblöcke gegen die arbeitschutzrechtlichen Vorgaben der BetrSichV bzw. der Gefährdungsbeurteilung gemäß § 3 BetrSichV verstoße, stellt ebenso keinen Umstand dar, der bei der Beurteilung der Systemrelevanz von MKV und HKV zu berücksichtigen ist bzw. dazu führen kann, dass die Systemrelevanz eines Blocks oder beider Blöcke entfällt. Wie zuvor gesagt, bemisst sich die Systemrelevanz allein anhand der Bedeutung der Anlage für die netzseitige Versorgungssicherheit. Der Vortrag der Beteiligten, wonach der geltend gemachte Personalmangel dazu führe, dass der Anlagenbetrieb, jedenfalls beider Blöcke gleichzeitig, gegen die Gefährdungsbeurteilung der Beteiligten für den Standort Völklingen-Fenne verstoße und daher ein „Zwei-Block-Betrieb“ rechtlich und technisch unmöglich sei, bezieht sich nicht auf die im vorliegenden Genehmigungsverfahren relevante Voraussetzung des § 13b Abs. 5 S. 1 Nr. 2 EnWG, sondern auf § 13b Abs. 5 S.1 Nr.3 EnWG.

b)

Zutreffend geht die Antragstellerin davon aus, dass das Kohleverfeuerungsverbot der Anlagen im Sinne der § 26 Abs. 2 Nr. 2 KVBG i.V.m. § 13b Abs. 2 S. 2 EnWG mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde. § 13b Abs. 2 S. 2 EnWG verlangt nicht, dass ein als „sicher“ feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheit und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, dass die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind dabei umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher

das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind. Im Fall eines unkontrollierten weiträumigen Netzzusammenbruchs und aufgrund des benötigten Zeitraums zur Wiederherstellung der Elektrizitätsversorgung ist zu erwarten, dass Leben und Gesundheit einer Vielzahl an Menschen beeinträchtigt wird. Zudem führt ein längerfristiger Stromausfall auch zu einem nennenswerten volkswirtschaftlichen Schaden.

c)

Es liegen keine Umstände vor, die darauf schließen lassen, dass die Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems im Sinne des § 13b Abs. 2 S. 2 Hs. 2 EnWG während des Genehmigungszeitraums durch andere angemessene Maßnahmen als die Stilllegungsuntersagung und die Verpflichtung zur Betriebsbereitschaftshaltung einer oder beider Anlagen zum Redispatch beseitigt werden kann. Der Verfügbarkeit der Gasturbine (30 MW) am Standort stellt keine andere angemessene Maßnahme als die Stilllegungsuntersagung dar, da beide Anlagen vergleichsweise störungs- und wartungsanfällig sind und im Fall der technisch bedingten Nichtverfügbarkeit eines Blocks die gesamte Leistung des Nachbarblocks benötigt wird, damit am Netzverknüpfungspunkt des Kraftwerksstandortes die notwendige Redispatchleistung bereitgestellt werden kann. Um eine möglichst hohe Verfügbarkeit von Kraftwerksleistung am Standort Völklingen-Fenne zu erreichen durfte die Antragstellerin die Systemrelevanzausweisung im Sinne des § 13b Abs. 5 S. 8 EnWG auch auf die gesamte Netto-Nennleistung beider Anlagen beziehen.

d)

In zeitlicher Hinsicht ist die Ausweisung gemäß § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG auf den Zeitraum zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden. Dabei soll die Ausweisung gemäß § 13b Abs. 5 Satz 9 EnWG grundsätzlich eine Dauer von 24 Monaten, gerechnet ab dem Datum der geplanten endgültigen Stilllegung, nicht überschreiten, es sei denn, die Systemrelevanz der Anlage wird durch eine Systemanalyse des regelzonenverantwortlichen Betreibers eines Übertragungsnetzes für einen längeren Zeitraum nachgewiesen und von der Bundesnetzagentur bestätigt. Die für den Zeitraum von 24 Monaten vorgenommene Systemrelevanzausweisung der Antragstellerin ist daher nicht zu beanstanden.

2.

Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsentscheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG der Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu genehmigen ist, wenn die betreffende Anlage bzw. vorliegend beide Anlagen MKV und HKV systemrelevant sind.

3.

Nicht geteilt wird die Ansicht der Beigeladenen, dass eine genehmigte Systemrelevanzausweisung spätestens mit Ablauf des 31.10.2024 enden müsse, da eine hieran möglicherweise anschließende Systemrelevanzausweisung und -genehmigung mit § 13b Abs. 5 S. 8 und 9 EnWG nicht vereinbar sei. Gemäß § 26 Abs. 2 Nr. 2 KVBG i.V.m. § 13b Abs. 5 EnWG kann der Eintritt des Kohleverfeuerungsverbots der systemrelevanten Anlage nicht nur einmal verhindert werden, sondern auch fortgesetzt, solange infolge des Kohleverfeuerungsverbots die Sicherheit des Netzbetriebs gefährdet wird.

Rechtsbehelfsbelehrung

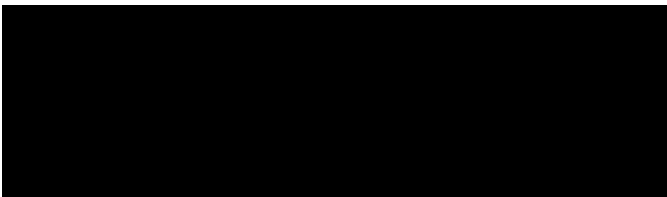
Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Sie ist binnen einer mit der Zustellung der Entscheidung beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 29.08.2022

Im Auftrag



(Leiterin Referat Versorgungssicherheit Strom)

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn
☎ 0228 14-0

Telefax Bonn
0228 14-8872

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

Datenschutzhinweis:

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten in der BNetzA können Sie der Datenschutzerklärung auf <https://www.bundesnetzagentur.de/Datenschutz> entnehmen. Sollte Ihnen ein Abruf der Datenschutzerklärung nicht möglich sein, kann Ihnen diese auch in Textform übermittelt werden.